

2236

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

Eingliederung der Servicetöchter von Charité und Vivantes in die Mutterkonzerne

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. August 2025 einen verbindlichen Zeitplan für die Eingliederung der Tochterunternehmen von Charité und Vivantes, der Charité Facility Management GmbH (CFM) und Vivantes Service GmbH (VSG), Vivantes SVL, Vivantes Viva Clean Nord und Civa Clean Süd in die Mutterkonzerne vorzulegen. Bis die Beschäftigten durch die Eingliederung wieder direkt unter den TVÖD fallen, sind für die Tochterunternehmen Tarifverträge auf Grundlage des TVÖD abzuschließen, gegebenenfalls mit prozentualen Abschlägen.

Begründung:

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Berliner landeseigenen Krankenhäuser Charité und Vivantes wesentliche Teile ihrer Dienstleistungen, wie beispielsweise Logistik, Reinigung, Küche und Technik in Tochterunternehmen verlagert.

Alle Gesellschaften haben zwar Haustarifverträge, diese sind allerdings nicht angeglichen an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Dadurch arbeiten die Beschäftigten dieser Tochterunternehmen unter schlechteren Bedingungen als ihre Kolleg*innen bei der Charité und Vivantes, die zum Teil als gestellte Mitarbeitende in den Tochterunternehmen beschäftigt sind.

Die Charité Facility Management GmbH, Tochter der Charité, beschäftigt ca. 3.200 (davon 271 VZÄ gestellte) und die Vivantes Service GmbH (VSG), Tochter von Vivantes, 640 (davon 330 VZÄ gestellte), SVL ca. 350 (davon 70 VZÄ gestellte), Viva Clean Nord ca. 500, Viva Clean Süd ca. 350 (zusammen etwa 59 VZÄ gestellte) Arbeitnehmer*innen.

Im Koalitionsvertrag und in den Richtlinien der Regierungspolitik des Senats ist vereinbart worden, die Töchter der landeseigenen Krankenhäuser schnellstmöglich in die Mutterkonzerne zu überführen. Dies versprach auch der Regierende Bürgermeister Kai Wegner persönlich.

Passiert ist bislang nichts. Die Beschäftigten sahen sich daher genötigt, in einen unbefristeten Streik zu treten. Dafür stimmte eine überwältigende Mehrheit von 99,3 Prozent der ver.di-Mitglieder der CFM. (<https://bb.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++6578bdf2-0bb5-11f0-b53e-d5261d1287b1>) Anstatt ein Verhandlungsangebot zu machen, hat die Geschäftsführung versucht, den Streik verbieten zu lassen. Dies gelang nicht, die Forderung nach TVöD ist rechtmäßig. Nach der Zustellung des Gerichtsbeschlusses am 03.04.2025 konnte der Streik dann beginnen.

Allerdings bedroht die CFM aufgrund angeblich nicht eingehaltener, gerichtlich vereinbarter Notdienste ver.di mit Ordnungsgeld/Ordnungshaft. Das ist eines Landesunternehmens unwürdig und muss unverzüglich gestoppt werden.

Im Haushalt für 2025 sind 40 Millionen Euro für die Unterstützung von Charité und Vivantes in Bezug auf die Eingliederung ihre Tochterfirmen eingestellt. Aber der Senat bleibt trotz der klaren Formulierung in den Richtlinien der Regierungspolitik jedes Konzept schuldig, um diese Mittel im Parlament entsperren zu lassen. Ein Bericht der verwaltungsübergreifenden Arbeitsgruppe „Integration der Tochterunternehmen der Vivantes und der Charité“ (Rote Nummer des Hauptausschusses 1217 E) brachte keine neuen Erkenntnisse und auch keine vertieften Daten zur Umsetzung des Regierungsvorhabens.

Die Bezahlung bei den Töchtern, insbesondere der CFM, hinkt teilweise, besonders in den unteren Lohngruppen, weit hinter der des Öffentlichen Dienstes hinterher. Schon 2023 rechnete ver.di mit einem Reallohnverlust zwischen 4,6% und 8,8% für die Beschäftigten in den vergangenen Jahren. Dies führt jetzt schon zur massiven Abwanderung von Fach- und auch Hilfskräften und dadurch zu teilweise kritischem Personalmangel. So können z.B. in der zentralen Leitwarte der Charité regelmäßig von der CFM zu besetzende, vor Gericht als unverzichtbar bezeichnete Schichten nicht besetzt werden.

Ohne diese Beschäftigten, ob im Transport, in der Reinigung, in der Sterilisation, in der Technik oder in der Essensversorgung, läuft an Europas größtem Universitätsklinikum und in Deutschlands größtem kommunalen Krankenhauskonzern nichts. Die Beschäftigten der CFM und der VSG gehören zur Charité und zu Vivantes und haben gleichen Lohn für gleiche Arbeit verdient!

Berlin, den 08.04.2025

Helm Schulze Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke